



# Newsletter

4. Dezember 2020

## **Zukunft sichern – Weitere Hilfen von über 670 Millionen Euro vorgelegt**

Die Landesregierung hat im Haushaltsausschuss das 5. Hilfspaket aus dem Sondervermögen zur Abstimmung gestellt. Es wird aus dem Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern finanziert und umfasst Hilfen von über 670 Millionen Euro.

## **Demografie – „Hessen soll eine lebenswerte Heimat für alle Menschen sein“**

Hessens Bevölkerung wächst: Lebten bei der Volkszählung 1987 noch ca. 5,5 Millionen Menschen im Land, waren es 30 Jahre später mehr als 6,2 Millionen. Prognose weiter steigend. Einblick in diesen demografischen Wandel und den Stand der hessischen Demografiepolitik gibt die erstmals von der Landesregierung herausgegebene Informationsbroschüre „Demografie in Hessen auf einen Blick“ auf Basis von Karten und Diagrammen.

## **Energie – „Sanieren, sparen, Klima schonen“**

Mit einer Vielzahl an Beratungsangeboten und Fördermitteln unterstützt Hessen Bürgerinnen und Bürger, Städte und Gemeinden sowie Unternehmen dabei, Energie zu sparen. Insgesamt stellt das Land Hessen bereits jetzt jährlich rund 24 Millionen Euro bereit, um Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen, Rathäusern, Mietobjekten oder Wohnhäusern zu fördern.

## **Außerdem in dieser Ausgabe:**

- ▶ Aktionsplan – „Initiative wird Europas Demokratien stärken“
- ▶ Bauen – Mehr Sozialwohnungen für Geringverdienende
- ▶ Finanzen – Steuerlicher Abzug für die Arbeit im Home-Office
- ▶ Sicherheit – Verbot der „Sturm-/Wolfsbrigade 44“ begrüßt
- ▶ Stromerzeugung – Erneuerbare Energien überholen konventionelle

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

**Mehr dazu auf den folgenden Seiten**

## **Zukunft sichern – Weitere Hilfen von über 670 Millionen Euro vorgelegt**

Die Landesregierung hat im Haushaltsausschuss das 5. Hilfspaket aus dem Sondervermögen zur Abstimmung gestellt. Es wird aus dem Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern finanziert und umfasst Hilfen von über 670 Millionen Euro.

„In der Corona-Krise setzen wir auf vielfältige Hilfen“, sagte Finanzminister Michael Boddenberg. „Mehr Geld für den Infektionsschutz in Kitas und Schulen. Mehr Geld aber auch für flexibles und digitales Lernen und damit für die Bildung unseres Nachwuchses in Zeiten von Corona. Viel Geld nehmen wir außerdem in die Hand, um in Hessen in kürzester Zeit den Aufbau und Betrieb der landesweiten Impfzentren logistisch gestemmt zu bekommen. Wir kümmern uns außerdem um eine kräftige Finanzspritze für die hessischen Krankenhäuser und den ÖPNV. Diese und weitere Hilfen bringen wir jetzt auf den Weg. Sie dienen den Menschen in unserem Land.“

„Wir packen an und setzen sehr zügig um, was wir mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbart haben: Erste konkrete Hilfen aus dem Kommunalpakt liegen dem Haushaltsausschuss zur Abstimmung vor. Insgesamt handelt es sich dabei um Maßnahmen in Höhe von fast 385 Millionen Euro. Konkret profitieren beispielsweise die Kitas und die Schulen, aber auch die Krankenhäuser in unserem Land davon. Wir unterstützen die Landkreise, Städte und Gemeinden weiter tatkräftig in der Corona-Krise“, erklärten Finanzminister Michael Boddenberg und Innenminister Peter Beuth.

Die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände hatten sich Anfang November über die Verteilung der für die Kommunen vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern verständigt. Daraus sind insgesamt Hilfen des Landes von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen in Hessen zur Bewältigung der Corona-Krise vorgesehen. Durch weitere Zusagen des Landes erhöht sich das Volumen des Kommunalpakts auf mehr als 3 Milliarden Euro.

Zu den Maßnahmen, die Teil des Kommunalpakts sind und dem Haushaltsschuss vorgelegt werden, gehören unter anderem:

► Investitionen von 160 Millionen Euro in die Krankenhäuser in Hessen. Insgesamt wird im Haushaltsausschuss über die Summe von 160 Millionen Euro für Krankenhäuser abgestimmt. Die Krankenhausträger erhalten 120 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen im Rahmen der Pandemie. Ausgaben fallen etwa für Umbauten in den Patientenzimmern und für die Einrichtung von Isolierbereichen und Schleusen sowie zum Ausbau diagnostischer Bereiche an. Hessen wird sich zudem, und auch dies ist Teil des Kommunalpakts, mit bis zu 40 Millionen Euro aus dem Sondervermögen das Landes an der Komplementärfinanzierung des bundesweiten Krankenhauszukunftsfonds beteiligen. Der Fonds soll in den kommenden Jahren ebenfalls weitere Investitionen in die medizinische Infrastruktur ermöglichen. Durch die Landesmittel sollen die Krankenhausträger in Hessen bei ihrem Eigenbeitrag zu den Zukunftsfondsmaßnahmen entlastet werden.

► Weitere 65 Millionen Euro für Infektionsschutz in hessischen Kitas und Schulen. Der Haushaltsausschuss hat bereits am 4. November ein Sofortprogramm an Schulen in Höhe von bis zu 10 Millionen Euro genehmigt. Das Programm soll mit

einem weiteren Antrag um 65 Millionen Euro auf insgesamt 75 Millionen Euro zur Unterstützung der Schul- und Jugendhilfeträger bei der Umsetzung von Hygieneschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas aufgestockt werden. Das Geld kann vor Ort breit gefächert in Schutzmaßnahmen investiert werden. Die Maßnahmen sind nicht nur auf die Lüthygiene beschränkt, sondern es können auch kleinere Instandhaltungen und größere Investitionen getätigt werden, die den Infektionsschutz verbessern und dazu beitragen, den Unterricht und die Betreuung von Kindern in Schulen und Kindertageseinrichtungen gerade in den Wintermonaten noch sicherer zu machen.

► Erlass von Elternbeiträgen – Land unterstützt familienfreundliche Rahmenbedingungen mit 40 Millionen Euro. Das Betretungsverbot für Kindertageseinrichtungen im Frühjahr und auch noch zu Teilen im Sommer dieses Jahres hatte für Eltern zur Folge, dass sie grundsätzlich weiterhin Kita-Beiträge zahlen mussten, wenn nicht die Kommunen oder freien Träger darauf verzichtet haben. Die Erhebung von Elternbeiträgen wurde in dieser Zeit unterschiedlich gehandhabt. Das Land schafft nun rückwirkend überall in Hessen dieselben familienfreundlichen Rahmenbedingungen, indem es für 3,5 Monate im Zeitraum März bis Juni 2020 den Kommunen die Elternbeiträge pauschal zur Hälfte ausgleicht, wenn diese (oder in Abstimmung mit diesen die freien Träger) die Eltern von der Beitragspflicht befreit haben oder dies jetzt noch tun. Der Ausgleich beträgt in Summe 40 Millionen Euro. Zur konkreten Umsetzung der pauschalen Kompensation der erlassenen Elternbeiträge werden derzeit Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden geführt.

Der Haushaltsausschuss des Landtags entscheidet über insgesamt 18 Anträge. Dazu gehören unter anderem:

► Hessen bereitet sich auf die Impfung von rund 4 Millionen Menschen vor. Der Landtag entscheidet über rund 150 Millionen Euro für Impfzentren. Der Bund geht derzeit davon aus, dass er ab etwa Mitte Dezember 2020 einen ersten Impfstoff gegen das Coronavirus bereitstellen kann. Deshalb wird gegenwärtig mit Hochdruck die für die Durchführung der erforderlichen millionenfachen Impfung in Hessen notwendige Infrastruktur geschaffen. Der Krisenstab der Hessischen Landesregierung hat die Kreise und kreisfreien Städte mit ihren Gesundheitsämtern und unteren Katastrophenschutzbehörden beauftragt, landesweit Impfzentren einzurichten. Für den Betrieb der Impfzentren bittet die Landesregierung den Landtag um die Bewilligung von zunächst 150 Millionen Euro. Bereits Anfang November hatten die Landesregierung und der Landtag 20 Millionen Euro für die im Zusammenhang mit den Massenimpfungen benötigten Materialien und die erforderliche Logistik auf den Weg gebracht.

Sozialminister Kai Klose und Innenminister Peter Beuth erklärten: „Die landesweiten Impfzentren werden Anlaufpunkte für mehrere Millionen Hessinnen und Hessen sein. Damit die größte Impfkation in der Geschichte unseres Landes gelingen kann, sind umfangreiche logistische und organisatorische Vorbereitungen notwendig, mit denen wir bereits begonnen haben. Je mehr Bürgerinnen und Bürger gegen die Ansteckung mit dem Coronavirus geimpft sind, desto weniger Menschen werden an dieser tückischen Infektionskrankheit sterben.“

► Erzieherinnen und Erzieher in Kitas können sich weiter freiwillig und kostenlos testen lassen. Um zu gewährleisten, dass der Regelbetrieb in Kitas während der Corona-Pandemie so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann, können sich auch die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen sowie die Kindertagespflegepersonen aktuell alle 14 Tage auf das Coronavirus testen lassen. Das Testangebot ist freiwillig, kostenlos und soll bis in das Frühjahr 2021 hinein verlängert werden. Die Testungen sollen nun durch Schnelltests erfolgen. Bis zu 6 Millionen Euro möchte die Landesregierung hierfür investieren. Die Möglichkeit, sich freiwillig und kostenlos testen zu lassen, existiert in Hessen auch für Lehrerinnen und Lehrer.

Sozialminister Kai Klose sagte: „Erzieherinnen und Erzieher unterstützen Kinder und ihre Familien durch ihren Einsatz ganz maßgeblich in ihrem Alltag. Sie tun dies unter herausfordernden Bedingungen – kleine Kinder halten keinen Abstand und müssen keine Masken tragen – und leisten damit Herausragendes! Durch die Umstellung auf Antigen-Schnelltests können wir weiterhin anlassfreie Tests in regelmäßigen Abständen anbieten, ohne die Laborkapazitäten zu überlasten.“

► Digitalisierung der Schulen wird ausgebaut, flexibles Lernen an Schulen wird gestärkt. Besonders die Schulen im Land und damit die Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler profitieren von einer Reihe der in den Landtag eingebrachten Anträge. Hierzu gehören beispielsweise auch Investitionen in Höhe von über 13 Millionen Euro für den Ausbau des digitalen Schulportals. Dieses soll zukünftig auch bei sehr hohen Nutzerzahlen dauerhaft leistungsfähig sein und allen Schulen in Hessen zur Verfügung stehen. Es wurde bereits damit begonnen, die aktuelle Version auf eine neue technische Basis zu stellen. Insgesamt nutzen bereits rund 1.200 der insgesamt 1.800 Schulen die „hessische Schulcloud“, täglich kommen weitere hinzu.

Darüber hinaus plant das Land rund 2,4 Millionen Euro für weitere Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen und Schulformen bereitzustellen. In den neuen kurzzeitpädagogischen Formaten „Ferienakademie“ und den „schulbezogenen Sommercamps“ konnten knapp 20.000 Schülerinnen und Schüler in den Sommerferien 2020 gefördert werden. Anknüpfend an diesen Erfolg sollen diese Maßnahmen auch im kommenden Jahr im gleichen Umfang angeboten werden.

Bedingt durch die Infektionslage mussten in diesem Jahr zahlreiche Schüleraustausche, Studien- und Klassenfahrten an hessischen Schulen storniert werden. 10 Millionen Euro hat das Land bereits im Sommer auf den Weg gebracht, um die entstandenen Kosten abzufangen. Ein Antrag über weitere 3 Millionen Euro liegt dem Landtag nun vor, um die Finanzierung der Stornierungskosten bis zum Ende dieses Schuljahres sicherzustellen.

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz sagte: „Sowohl die Finanzhilfen zur Umsetzung von Hygieneschutzmaßnahmen und für abgesagte Klassenfahrten als auch der Ausbau des Schulportals und die Verlängerung unserer Ferienlernangebote zeigen eines: Wir stehen unseren Schulen auch in diesen herausfordernden Zeiten zur Seite.“

► Verkehrsverbände erhalten vom Land bis zu 75 Millionen Euro wegen Corona-bedingter Fahrgeldausfälle. Als eine Folge der Corona-Krise sind auch die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) drastisch eingebrochen. Dies hat zu erheblichen Verlusten bei den Fahrgeldeinnahmen des ÖPNV geführt. Für dieses Jahr wird der Schaden für die hessischen Verbände mit 255 Millionen Euro beziffert. Zum Ausgleich stellt der Bund den Ländern eine einmalige finanzielle Kompensation zur Verfügung, die das Land um bis zu 75 Millionen Euro aufstockt.

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sagte: „Hessen braucht gerade jetzt leistungsfähige Bus- und Bahnverbindungen zur Sicherstellung der Mobilität und als Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Deshalb lassen wir nicht zu, dass die Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie die Verkehrsverbände in Schieflage bringen und helfen mit Millionenbeträgen. Denn die Fahrgastzahlen werden sich schnell wieder erholen, wenn sich das öffentliche Leben wieder normalisiert.“

*Hilfen von über 3,6 Milliarden Euro auf den Weg gebracht*

„Wir haben seit Einrichtung des Sondervermögens Anfang Juli zahlreiche Hilfen auf den Weg gebracht“, erklärte Boddenberg. „Vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsausschusses zum aktuellen Hilfspaket, sind dies konkrete Hilfen im Umfang von über 3,6 Milliarden Euro. Sie helfen den Menschen in Hessen, stabilisieren unsere Wirtschaft und machen das Land dabei noch moderner. Genau das können die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten und eben dafür hat der Landtag das Sondervermögen bereitgestellt.“

Weitere Informationen.

## **Demografie – „Hessen soll eine lebenswerte Heimat für alle Menschen sein“**

Hessens Bevölkerung wächst: Lebten bei der Volkszählung 1987 noch ca. 5,5 Millionen Menschen im Land, waren es 30 Jahre später mehr als 6,2 Millionen. Prognose weiter steigend. Einblick in diesen demografischen Wandel und den Stand der hessischen Demografiepolitik gibt die erstmals von der Landesregierung herausgegebene Informationsbroschüre „Demografie in Hessen auf einen Blick“ auf Basis von Karten und Diagrammen.

Denn hinter dieser Zahl steckt viel mehr: Sie bedeutet beispielsweise, dass die Hessinnen und Hessen erfreulicherweise immer länger leben und die Lebensentwürfe der Menschen in Stadt und Land vielfältiger werden. „Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine Daueraufgabe und heißt: Heute die Weichen für ein lebenswertes und attraktives Morgen unter sich ändernden Rahmenbedingungen stellen“, sagte der Chef der Staatskanzlei und Demografie-Beauftragte der Landesregierung, Staatsminister Axel Wintermeyer. „Diese Herausforderung geht die Landesregierung seit vielen Jahren aktiv an. Hessen soll eine lebenswerte Heimat für alle Menschen sein – unabhängig davon, wo sie zu Hause sind. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein. Grundlage dafür ist eine genaue Analyse des Ist-Zustandes und der Prognosen für die Zukunft. Diese machen wir in

diesem Nachschlagewerk sehr kompakt, aber dennoch in ihrer gesamten Breite allen Interessierten zugänglich.“

### *Hessens Bevölkerung wächst*

Dass Hessens Bevölkerung wächst, liegt in erster Linie an der Zuwanderung, vor allem aus anderen Ländern der Europäischen Union. Davon profitierten in den vergangenen zehn Jahren vor allem die Städte. Für Darmstadt und Frankfurt wird nun bis 2050 ein weiterer Bevölkerungszuwachs von zehn Prozent und mehr vorhergesagt, während die Einwohnerzahlen in den meisten ländlichen Regionen schrumpfen. Frankfurt ist beispielsweise derzeit bereits 40-mal dichter besiedelt als der Vogelsbergkreis.

43,8 Jahre alt sind die Hessinnen und Hessen im Durchschnitt. Die Städte bleiben jung, denn vor allem junge Menschen zieht es in die Ballungsräume. Das geringste Durchschnittsalter in Hessen haben die Menschen in Frankfurt: 40,7 Jahre, gefolgt von Darmstadt (40,8) und der Stadt Offenbach (40,9). Die im Schnitt älteste Bevölkerung haben der Werra-Meißner-Kreis mit 47 Jahren vor dem Vogelsbergkreis (46,6) und dem Landkreis Kassel (46,5). Bis ins Jahr 2050 wird der Altersdurchschnitt der Bevölkerungsschätzung zufolge überall steigen. Auf beispielsweise 52,9 Jahre im Vogelsbergkreis und 45,9 in der Stadt Offenbach.

### *Mit aktiver Demografie-Politik Gestaltungspotenzial nutzen*

Um die mit diesen und vielen weiteren demografischen Veränderungen verbundenen Herausforderungen zu meistern, aber auch die dadurch entstehenden Gestaltungspotenziale zu nutzen, stellt die Landesregierung mit einer aktiven Demografie-Politik entscheidende Weichen. Dazu gehören: Fachkräfte für den starken Wirtschaftsstandort Hessen sichern, Rahmenbedingungen schaffen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben im Alter, familienfreundliche Strukturen etablieren, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und ländlichen Regionen sorgen.

„Hessen ist auf einem guten Weg bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Wir haben einen klaren Kompass. Als starker und attraktiver Standort sorgen wir mit dem Ausbau des schnellen Internets sowie Bildungs-, Betreuungs-, Gesundheits- und Mobilitätsangeboten dafür, dass die ländlichen Regionen attraktiv bleiben und Jung und Alt nicht in die Ballungszentren abwandern müssen. Das hat viele Vorteile. Viele Menschen wissen beispielsweise gar nicht, dass die Arbeitslosigkeit auf dem Land am niedrigsten ist. Auch von einem Corona-bedingten Verlust der Beschäftigung waren die Erwerbstätigen in Nord- und Mittelhessen im Zeitraum von März bis Mai weit weniger betroffen als im Rhein-Main-Gebiet. Während in Frankfurt die Quote um 1,7 Prozentpunkte angestiegen ist, waren es im Vogelsbergkreis nur 0,2 Prozentpunkte“, erklärte Wintermeyer. „Die Broschüre zeigt die Vielfalt in Hessen, und dass es sich in allen Landesteilen gut leben lässt. Wir tragen mit unserer Politik dazu bei, dass dies so bleibt.“

### Weitere Informationen.



## **Energie – „Sanieren, sparen, Klima schonen“**

Mit einer Vielzahl an Beratungsangeboten und Fördermitteln unterstützt Hessen Bürgerinnen und Bürger, Städte und Gemeinden sowie Unternehmen dabei, Energie zu sparen. Insgesamt stellt das Land Hessen bereits jetzt jährlich rund 24 Millionen Euro bereit, um Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen, Rathäusern, Mietobjekten oder Wohnhäusern zu fördern.

Zusätzlich sind aus dem „Neuen Hessenplan“ mit dem „Sonderprogramm für Eigenheime“ für die kommenden Jahre weitere 25 Millionen Euro für die Modernisierung von Wohngebäuden vorgesehen. Hinzu kommt die im „Neuen Hessenplan“ enthaltene Eigenkapitalaufstockung des Landes bei der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt (NHW) über 200 Millionen Euro, um den Wohnungsbestand der NHW verstärkt energetisch zu sanieren.

„Mehr als 80 Prozent des Energieverbrauchs in hessischen Privathaushalten gehen zurück aufs Heizen und Warmwasser. Das bedeutet, dass sehr viele Menschen zum Fenster rausheizen. Das wollen wir ändern“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Gemeinsam mit Dr. Karsten McGovern, Geschäftsführer der LandesEnergieAgentur Hessen (LEA), stellte er das Wärmeeffizienzpaket vor.

### *Einsparung, Effizienz, Erneuerbare*

„Es sind erhebliche Effizienzsteigerungen im Wärmesektor notwendig. Denn Energie, die wir nicht verbrauchen, muss gar nicht erst produziert werden und schont die Ressourcen“, sagte Al-Wazir. „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist Kernbestandteil der Energiewende, aber am effektivsten ist die Kilowattstunde, die eingespart wird, deswegen gelten hier die drei E: Einsparung, Effizienz, Erneuerbare. Unser Ziel ist, bis 2025 die Sanierungsquote von Wohngebäuden in Hessen von einem auf zwei Prozent im Jahr zu verdoppeln. Darum haben wir ein Wärmeeffizienzpaket für Hessens Häuser geschnürt, das die Bundesförderung perfekt ergänzt.“ Ganz neu ist das „Sonderprogramm für Eigenheime – sanieren, sparen, Klima schonen“ aus dem „Neuen Hessenplan“ sowie die aufsuchende Energieberatung als neues Angebot für Städte und Gemeinden.

Ansprechpartnerin für die Wärmewende ist die LEA Hessen, die seit Januar 2020 eigenständig tätig ist. Geschäftsführer McGovern: „Allein in diesem Jahr hat die LEA Hessen 300 Beratungsgespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und 270 Beratungen von Kommunen und Unternehmen zu Fördermitteln durchgeführt.“

### *Neues Sonderprogramm ist Konjunkturprogramm*

„Ich freue mich, dass unsere Angebote so gut angenommen werden“, so Al-Wazir. „Denn an der Wärmewende kommen wir nicht vorbei. Sie ist notwendig, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir wollen es dabei allen so leicht wie möglich machen. Das neue Sonderprogramm für Eigenheime aus dem ‚Neuen Hessenplan‘ sorgt außerdem für Aufträge in den Büchern der Handwerker: Davon profitiert also nicht nur das Klima, sondern auch die regionale Wirtschaft und der Wert der Immobilien steigt.“

### Weitere Informationen.

## **Aktionsplan – „Initiative wird Europas Demokratien stärken“**

Europaministerin Lucia Puttrich begrüßt die von der EU-Kommission vorgestellte Initiative zur Stärkung der Demokratie und Medien in der EU. „Unsere Demokratien sind das Wertvollste, was wir in der Europäischen Union haben“, sagte Puttrich. „Auch wenn wir unterschiedliche Systeme und über bestimmte Entwicklungen verschiedene Auffassungen haben, sind die Demokratie, der Rechtsstaat und die Meinungs- und Pressefreiheit Werte, die uns im Kern verbinden. Entsprechend kraftvoll müssen wir dafür sorgen, dass gezielte Angriffe auf demokratische Verfahren oder auf unsere Medienlandschaft abgewehrt werden. Die EU-Kommission setzt deshalb das richtige Signal.“ Insbesondere müsse es verbindliche Regeln für das sogenannte Microtargeting geben. Seit Jahren gebe es einen regelrechten Goldrausch nach Daten. Längst gehe es nicht mehr nur um gewerbliche Interessen und zielsichere Werbung, sondern auch um Verhaltenssteuerung, Manipulation und Beeinflussung. Die EU-Kommission habe dieses Problem erkannt. Etwas skeptischer zeigte sich Puttrich bei dem für das nächste Jahr angekündigten Pakt zu Desinformationen. „Hier bewegt man sich gefährlich nahe an dem Schutzbereich der Presse- und Meinungsfreiheit. Wir brauchen in der EU kein Wahrheitsministerium. Eine Demokratie muss auch abwegige und falsche Meinungen und Positionen aushalten. Erst wenn dies den Charakter gezielter Kampagnen hat, zum Beispiel durch fremde Staaten initiiert, müssen entsprechende Schritte möglich sein. Die EU-Kommission muss hier sehr behutsam vorgehen und die Balance zwischen dem Schutz unserer Demokratie und der Meinungsfreiheit wahren.“ Weitere Informationen.

## **Bauen – Mehr Sozialwohnungen für Geringverdienende**

Der soziale Wohnungsbau zieht in Hessen wieder an. In diesem Jahr wurden 3.108 Wohneinheiten zur Förderung angemeldet – der höchste Wert seit 2009, wie Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir mitteilte. „Das ist ein klarer Erfolg unserer verbesserten Förderbedingungen“, sagte Al-Wazir. „Wir stellen Rekordmittel für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung, und wir sorgen dafür, dass diese Mittel auch genutzt werden.“ Die Vorhaben gliedern sich auf in Anmeldungen für 1.255 neue Sozialwohnungen, 514 neue Wohnplätze für Studierende und 410 Modernisierungen bestehender Sozialwohnungen – deutlich mehr als in den beiden Vorjahren. Zu diesen 2.179 Wohnungen kommen noch 929 Wohnungen hinzu, bei denen mit Unterstützung des Landes neue Belegungsrechte erworben bzw. auslaufende Belegungsrechte verlängert wurden und die Wohnungen somit in der so genannten Bindung bleiben und weiter oder neu als Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Wie Al-Wazir erläuterte, nimmt die Zahl der Sozialwohnungen bundesweit seit Jahren ab, weil die in früheren Jahrzehnten errichteten Wohnungen nach und nach aus der Bindung fallen und der Neubau dahinter zurückbleibt. „Die Landesregierung hat sich vorgenommen, diesen rückläufigen Trend in Hessen zu stoppen, und im vergangenen Jahr sind wir diesem Ziel ein ganzes Stück nähergekommen.“ Weitere Informationen.



## **Finanzen – Steuerlicher Abzug für die Arbeit im Home-Office**

Bayern und Hessen setzen sich weiterhin für die Einführung einer Home-Office-Pauschale ein. „Wir begrüßen die gegenwärtige Diskussion und die wohl vorhandene Bereitschaft den steuerlichen Abzug für die Arbeit im Home-Office auf einfache Weise zu ermöglichen“ erklärten Hessens Finanzminister Michael Boddenberg und Bayerns Finanzminister Albert Füracker anlässlich aktueller Medienberichte, wonach der Bund die Arbeit im Home-Office steuerlich attraktiver machen möchte. „Der hessisch-bayerische Vorschlag einer Home-Office-Pauschale könnte bereits ins Jahressteuergesetz 2020 aufgenommen werden. Unser gemeinsamer Vorschlag liegt auf dem Tisch und könnte also schon in Kürze in die Tat umgesetzt werden.“ Boddenberg und Füracker wollen die bestehenden Abzugsmöglichkeiten für Arbeitszimmerkosten mit einer sogenannten Einfachvariante ergänzen. Diese soll vor allem denjenigen zugutekommen, die nicht die Möglichkeit haben, ein eigenes Arbeitszimmer einzurichten. Eine entsprechende Initiative brachten beide Minister bereits im September in den Finanzausschuss des Bundesrates ein. „Unser Vorschlag: Wer im Home-Office arbeitet, soll für jeden vollen Tag einen Pauschalbetrag von 5 Euro, maximal 600 Euro im Jahr als Werbungskosten geltend machen können. Diese werden abgezogen, wenn sie zusammen mit den weiteren Werbungskosten den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.000 Euro übersteigen.“ Weitere Informationen.

## **Sicherheit – Verbot der „Sturm-/Wolfsbrigade 44“ begrüßt**

Innenminister Peter Beuth hat das durch das Bundesinnenministerium erlassene Verbot der länderübergreifend agierenden rechtsextremistischen Vereinigung „Sturm-/Wolfsbrigade 44“ begrüßt. Hessen hat das Verbot 2019 beim Bundesinnenministerium angeregt. Angehörige des Vereins „Sturm-/Wolfsbrigade 44“ waren und sind in mehreren Bundesländern aktiv. Von den 13 führenden Vereinsmitgliedern sind acht Personen – darunter auch der sogenannte Präsident – in Hessen wohnhaft, weshalb das Verbot auch mit großem Einsatz der hessischen Sicherheitsbehörden umgesetzt wird. „Das Vereinsverbot ist ein scharfes Schwert des Rechtsstaats“, sagte Beuth. „Die nunmehr verbotene Gruppierung hat den Nationalsozialismus auf eindeutige Weise verherrlicht und sich klar gegen unsere demokratischen Werte positioniert. Was aus diesem menschenverachtenden Gedankengut und dem geschürten Hass folgen kann, haben wir in den letzten beiden Jahren in Deutschland und Hessen auf schmerzliche Art erfahren. Mit dem Verbot zeigt der Rechtsstaat den Rechtsextremisten klare Grenzen auf. Die selbsternannte ‚Sturm-/Wolfsbrigade 44‘ darf es fortan nicht mehr geben. Aber die wirren und gefährlichen Gedanken in den Köpfen dieser Rechtsextremisten bleiben. Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten deshalb auch über dieses Verbot hinaus mit unermüdlichem Einsatz daran, diese Feinde unseres Rechtsstaats mit allen Mitteln zu bekämpfen.“ Weitere Informationen.

## **Stromerzeugung – Erneuerbare Energien überholen konventionelle**

Erstmals tragen erneuerbare Energien zu mehr als 50 Prozent zur hessischen Stromerzeugung bei und überholen damit die konventionellen Energieträger. Den größten Beitrag unter den Erneuerbaren lieferte 2019 die Windenergie mit 52 Prozent. Dies teilte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir bei der Veröffentlichung des Energiemonitoringberichts 2020 mit. „Der aktuelle Energiemonitoringbericht dokumentiert, wie wichtig die Erneuerbaren Energien in Hessen inzwischen sind – nicht nur für die Stromerzeugung, sondern auch für den Stromverbrauch“, sagte Al-Wazir. „Wir sind traditionell ein Bundesland, das nicht seinen ganzen Stromverbrauch selbst produziert. Allerdings sorgt jedes Windrad und jede Photovoltaikanlage in Hessen dafür, dass kein Strom aus anderen Bundesländern bezogen werden muss, sondern sauberer Strom aus Hessen kommt – inzwischen mehr als die Hälfte der hessischen Stromerzeugung.“ [Weitere Informationen](#).

## **Zahl der Woche**

1.391 geleistete Arbeitsstunden

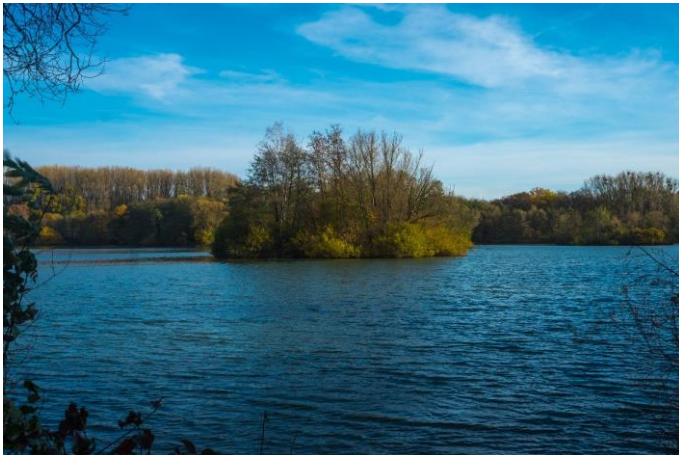
Zwischen 2000 und 2018 ging die Zahl der pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden je erwerbstätiger Person in allen hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen zurück. Die Werte nahmen dabei hessenweit durchschnittlich um 5,2 Prozent ab. Insgesamt arbeiteten Erwerbstätige 2018 in den hessischen Regionen durchschnittlich 1.391 Stunden pro Kopf. Quelle: [Statistisches Landesamt](#).

## **Link der Woche**

[Zeit für Justitia](#)

In seinem Podcast „Zeit für Justitia – Der Justiztalk aus Hessen“ stellt das Justizministerium aktuelle Themen vor. Die Gäste sind insbesondere Praktikerinnen und Praktiker aus dem Justizalltag, um für Informationen aus erster Hand zu sorgen.

## Hessenbilder



Der Erlensee ist Teil eines Naturschutzgebiets in der Stadt im Main-Kinzig-Kreis, deren Namensgeber er ist. Foto: Thorsten Neels

## Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Str. 1  
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:  
Staatssekretär  
Michael Bußer  
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:  
Klaus Euteneuer